

Zum 75. Jahrestag seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Darius Semaška
Botschafter der Republik Litauen in Deutschland

Im Kalender 2020 ragen viele Jahrestage heraus. Für uns in Litauen steht zweifelsfrei der 11. März im Vordergrund, wenn sich die Wiederherstellung der Litauischen Unabhängigkeit zum 30. Mal jährt. Auch der 300. Geburtstag von dem weltberühmten Rabbiners Elijah Ben Salomon Saloman, besser bekannt als Gaon von Wilna, wird in Litauen feierlich begangen. Der 75. Jahrestag seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges löst wiederum bei uns zwiespältige Gefühle aus. Ohne Frage: Die Befreiung Europas von Naziherrschaft durch die Alliierten verdient eine besondere Würdigung. Doch für die Litauer, wie für viele andere Völker Ost- und Mitteleuropas, brachte der 8. Mai 1945 nicht die langersehnte Freiheit. Mit dem Vormarsch der Roten Armee kehrte auch der sowjetische Terror zurück, unter dem die litauische Bevölkerung bereits von 1940 bis 1941 stark gelitten hatte.

Nach Angaben des litauischen Historikers Arvydas Anušauskas fiel in Litauen im Zeitraum von 1940 bis 1953 ein Drittel der Gesamtbevölkerung dem Terror der sowjetischen und nationalsozialistischen Besatzer zum Opfer. Die brutale Verfolgung Andersdenkender, willkürliche Hinrichtungen und Deportationen von unschuldigen Menschen zählten in Litauen zum Alltag der Nachkriegsjahre unter sowjetischer Besatzung.

Bis heute gibt es in Litauen kaum eine Familie, die nicht von dem Terror der totalitären Regime des 20. Jahrhunderts in einer oder anderen Weise betroffen wäre. Dazu zählt auch meine Familie. So wurde mein Großvater väterlicherseits als einer der Anführer der litauischen Widerstandsbewegung gegen die sowjetische Okkupation von den Sowjets brutal ermordet. Mein Großvater mütterlicherseits wurde von den Sowjets ins Gefängnis gesteckt, von dem er nur durch Glück entkam und einige Zeit im Versteck leben musste. Seine Familie, d. h. meine Großmutter, meine Mutter und der Bruder meiner Mutter wurden nach Sibirien deportiert, wo meine Oma und der Bruder meiner Mutter an Erschöpfung starben. Mein Opa hat es geschafft, seine Tochter im Jahre 1946 nach Litauen zu bringen,

musste aber bis zum Tod Stalins seinen Wohn- und Arbeitsort ständig wechseln. Sein Bruder, also mein Großonkel, der Mitte der 30er Jahre als litauischer Staatsanwalt im Rahmen des berühmten Prozesses von Kaunas das erste Verfahren gegen den organisierten Nationalsozialismus in Europa führte, wurde wegen seiner antinazistischen Tätigkeit während des Krieges von der Gestapo verhaftet und drei Jahre lang im KZ Sachsenhausen inhaftiert. Er überlebte das Elend des Konzentrationslagers und wurde später von der Universität Heidelberg zum Doktor der Rechte promoviert. Im Übrigen hieß das Thema seiner Doktorarbeit von 1948 „Der Memelländische Prozeß“. Der Betreuer dieser Arbeit war einer der einflussreichsten Rechtsphilosophen des 20. Jahrhunderts Gustav Radbruch. Die geschilderten Schicksale zeigen, dass bei den Verbrechen gegen die Menschlichkeit der Stalinismus und der Nationalsozialismus zwei sehr ähnliche Herrschaftsformen waren. Es ist deshalb wichtig, beide totalitären Regime gleichermaßen zu verurteilen. In dieser Hinsicht begrüßen wir die Resolution des Europäischen Parlamentes zur Bedeutung des europäischen Geschichtsbewusstseins für die Zukunft Europas vom 19. September 2019. Darin setzten sich die EU-Abgeordneten zum Ziel, eine gemeinsame europäische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und die Verbrechen der totalitären Regime im 20. Jahrhundert zu fördern. Und dabei geht es nicht um die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Stalinismus, oder gar Relativierung vom Holocaust, wie von den Kritikern häufig behauptet wird. Ganz im Gegenteil: Es geht um die Förderung eines integralen Geschichtsbildes, wobei das Gedenken an die Opfer der kommunistischen Herrschaft neben dem nationalsozialistischen Terrorregime und dem Holocaust zum festen Gedenkbestandteil europäischer Erinnerungskultur werden soll.

Die erwähnte Resolution ist ein wichtiger Schritt aber kein Meilenstein, denn im Hinblick auf die Bewertung von kommunistischen Verbrechen geht durch Europa immer noch ein Riss. Gerade in westeuropäischen Staaten, die von der stalinistischen Herrschaft direkt nicht betroffen waren, ist immer noch eine gewisse Reserviertheit zu beobachten, wenn es um die Verurteilung des Stalinismus geht. Der in diesem Zusammenhang oft zu hörende Vorwurf der angeblichen Relativierung von nationalsozialistischen Verbrechen ist innerhalb mancher Parteien inzwischen sogar zu einem beliebten politischen Kampfbegriff geworden.

Bedauerlicherweise geht er sehr häufig Hand in Hand mit der Verharmlosung der kommunistischen Gewaltherrschaft einher. Hierzulande zeigte

sich das exemplarisch bei der Diskussion im Deutschen Bundestag um das Mahnmal zur Erinnerung an die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft.

Doch gerade angesichts der zunehmenden Bereitschaft von manchen Staaten, die Vergangenheit zu instrumentalisieren oder die Geschichte gar als Waffe hybrider Kriegsführung zu nutzen, wobei mit Hilfe von falschen oder irreführenden Informationen Uneinigkeit und Spaltung unter den europäischen Völkern betrieben wird, erscheint eine offene, auf Fakten bezogene Darstellung von historischen Geschehnissen wichtiger denn je.

Es liegt auf der Hand, dass eine aufrichtige Auseinandersetzung und die Versöhnung mit eigener Vergangenheit ein wesentliches Merkmal einer reifen Gesellschaft und eines starken Staates ist. Diese Erfahrung machen wir auch jetzt in Litauen bei der Aufarbeitung dunkler Kapitel unserer Geschichte. Ein kritischer und ehrlicher Umgang mit eigener Geschichte besitzt auch eine wichtige politische Komponente – er fördert gegenseitiges Vertrauen und Völkerverständigung.

Zu unserem großen Bedauern wird die Vergangenheit jedoch auch heute von manchen Ländern zur Rechtfertigung einer aggressiven Politik gegen das eigene Volk und andere Länder missbraucht. Mit großem Befremden sehen wir zum Beispiel die zunehmenden Versuche Russlands, die Stalinzeit zu relativieren oder sogar zu verklären. Besonders bemerkbar macht sich dieser historische Revisionismus bei der Deutung des Hitler-Stalin-Paktes, der von den höchsten Vertretern der Russischen Föderation als eine friedenssichernde Maßnahme rechtfertigt und sogar als „kolossaler Erfolg der Stalinschen Diplomatie“ schönegeredet wird. Das ist nicht nur zynisch, sondern weckt auch ungute Erinnerungen. Wir verurteilen deshalb aufs Schärfste die Verlogenheit der russischen Führung im Umgang mit der Geschichte. Diesem Geschichtsrevisionismus müssen wir heute entschieden entgegenreten.

Wie energisch Russland eine offene Diskussion über die eigene Rolle bei den Verbrechen des 20. Jahrhunderts zu unterbinden versucht, zeigt die seit 2018 andauernde Weigerung der russischen Behörden, den Teilnehmern des litauischen Projektes „Mission Sibirien“ Visum zu erteilen. Das Ziel der Projektgruppe besteht darin, einmal im Jahr nach Sibirien zu reisen, um dort die Gräber deportierter Landsleute zu pflegen.

Zum Kontrast: Hier in Deutschland konnte ich ohne weiteres mit meinen Familienangehörigen die Gedenkstätte Sachsenhausen besuchen und

wurde dort sogar persönlich von dem Gedenkstättenleiter empfangen. Bei meinem Besuch wurden mir auch die Kopien von Dokumenten über die Inhaftierung meines Großonkels ausgehändigt. Ein weiteres Beispiel: auf Anregung des litauischen Honorarkonsuls Wolfgang von Stetten hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge auf dem Kriegsgräberfriedhof in Neumarkt eine Informationstafel überarbeitet und mit dem Hinweis versehen, dass dort nicht ausschließlich sowjetische Kriegstoten, sondern auch Soldaten aus Litauen, Lettland und Estland bestattet sind. Dabei war es uns wichtig zu betonen, dass Litauen nie freiwillig der Sowjetunion beigetreten war. Auch die litauischen Soldaten, die in Deutschland ihre letzte Ruhestätte fanden, waren in die Armee der Besatzer zwangsmobilisiert und an die Front geschickt. Sie deshalb pauschal als sowjetische Soldaten zu bezeichnen, ist nicht nur historisch falsch, sondern widerspricht auch dem Völkerrecht.

Wir sind überzeugt, dass die Besänftigung des Aggressors seinen Appetit nur steigert. Das gleiche gilt im Umgang mit der Geschichte. Wenn wir weiter brav bei den militärischen Paraden zur Glorifizierung von verbrecherischen Regimes mitmachen, werden wir nie aus der Geschichte lernen. Statt blinder Gefolgschaft sollten wir endlich Mut haben, um deutlich die historische Wahrheit auszusprechen, nämlich, dass die Sowjetunion mit der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes mit zur Auslösung des Zweiten Weltkrieges beigetragen hat und am Ende des Krieges in vielen Fällen nicht der Befreier, sondern Besatzer war. Ich denke, dass solche Klarheit auch Russland helfen würde, sich von den Mythen der Vergangenheit zu befreien und seine Geschichtspolitik neu zu überdenken. Der 75. Jahrestag seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bietet dafür eine gute Gelegenheit. Wir sollten sie beim Schopfe packen.

Verkürzt erschienen im „Badischen Tagblatt“ vom 8.5.2020